

REPORT

Nr. 98, November 2024

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

UNGLEICHE TEILHABE: MARGINALISIERTE ARME – VERUNSICHERTE MITTE

WSI-Verteilungsbericht 2024

Dorothee Spannagel, Jan Brülle

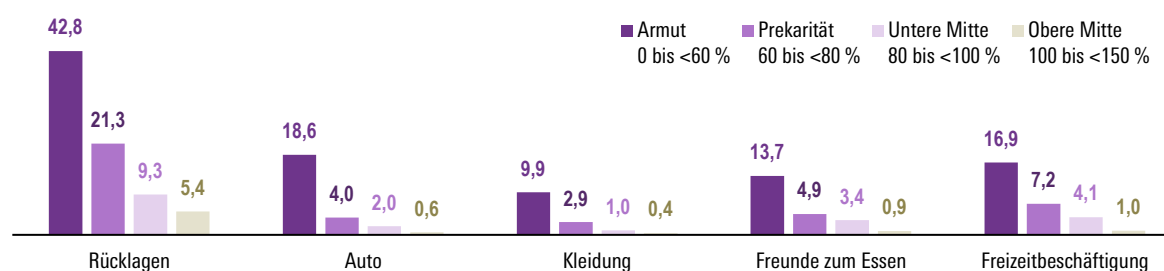
AUF EINEN BLICK

Wer in Einkommensarmut lebt, hat deutlich eingeschränkte Möglichkeiten, an der Gesellschaft umfassend teilzuhaben. Das zeigt sich insbesondere daran, dass Arme von materiellen Mangellagen betroffen sind und sich in Teilen relativ deutlich vom politischen System abwenden. Es gilt außerdem: Je geringer das Einkommen, desto weniger können Menschen auch auf nicht-materielle Ressourcen zurückgreifen – sei es auf qualifizierende Bildungsabschlüsse, eine solide Integration in den Arbeits-

markt oder tragfähige soziale Netzwerke. Der diesjährige Verteilungsbericht zeigt jedoch auch, dass selbst oberhalb des Armutssegments und sogar in der unteren Mitte der Gesellschaft die politische Teilhabe teilweise brüchig ist. Dies zeigt sich ganz deutlich darin, dass materielle Sorgen und Abstiegängste besonders in jüngeren Jahren stark zugenommen haben. All dies hat negative Folgen für unser demokratisches System.

Facetten materieller Deprivation nach Einkommensgruppe, 2021

Anteil der Personen, die sich ein Item finanziell nicht leisten können, Angaben in Prozent



Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe

INHALT

1	Einleitung	3
2	Die untere Einkommenshälfte: Ein Überblick	4
3	Daten und Methoden	6
4	Materielle Teilhabe in der unteren Einkommenshälfte	8
5	Teilhabechancen: Eine mehrdimensionale Betrachtung	12
6	Ungleiche Einkommen – ungleiche politische Teilhabe	14
7	Fazit und politische Implikationen	16
	Datenanhang	19
	Glossar	20



AUTORENSCHAFT



Foto: S. Petrat

Dr. Dorothee Spannagel

Referatsleiterin Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik
dorothee-spannagel@boeckler.de



Foto: S. Petrat

Dr. Jan Brülle

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Referat Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik
jan-bruelle@boeckler.de

Für äußerst hilfreiche Anmerkungen danken wir Andreas Hövermann.

1 EINLEITUNG

Ein zentraler Grundsatz unserer Gesellschaft ist, dass niemand vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein darf und dass ein Mindestmaß an Teilhabe für alle gesichert sein muss. Dieser Anspruch umfasst den materiellen Lebensstandard ebenso wie kulturelle und politische Dimensionen. Niemand soll sich ausgeschlossen fühlen müssen, weil er oder sie nicht ins Kino gehen oder Freunde nicht zum Essen einladen kann. Die tatsächlichen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe sind allerdings ungleich verteilt. Solche Ungleichheiten werden vor allem dann zum Problem, wenn die Teilhabe bestimmter Gruppen systematisch unzureichend ist oder wenn sie als ungerecht wahrgenommen wird. Ein solcher objektiv gegebener und/oder subjektiv empfundener Mangel an Teilhabemöglichkeiten ist dabei nicht nur problematisch, weil die Gesellschaft damit ihren eigenen Ansprüchen nicht genügt. Er kann auch zu einer politischen Herausforderung werden. Dies gilt unmittelbar für die Teilhabe am politischen System: Die Legitimität unserer Demokratie basiert stark darauf, dass die Möglichkeit der politischen Beteiligung für alle gleich ist und dass sich alle Menschen grundsätzlich von der Politik repräsentiert fühlen. Dabei umfasst politische Teilhabe neben institutionalisierten Formen der Partizipation wie die Beteiligung an Wahlen auch nicht-institutionalisierte Formen wie die Beteiligung an Demonstrationen. Jegliche Form der politischen Beteiligung setzt aber nicht nur politisches Interesse, sondern auch das Gefühl voraus, durch dieses Handeln Einfluss ausüben zu können. Verlieren Menschen das Vertrauen in politische Institutionen und ihre Prozesse, so kann dies gravierende Konsequenzen für die demokratische Stabilität haben.

Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen ist eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe keineswegs selbstverständlich. Doch auch für Personen, die nicht unmittelbar in *Armut*¹ leben, wird in der öffentlichen Debatte zunehmend befürchtet, dass ihre materielle Lage und auch ihre politische Einbindung prekär werden: Auf der einen Seite haben die Energiepreiskrise und die damit verbundene deutliche Teuerung Sorgen um die wirtschaftliche Situation befeuert.

Auf der anderen Seite haben populistische Parteien quer durch alle Bevölkerungsschichten Zulauf. Hier setzt der diesjährige Verteilungsbericht an. Wir zeichnen für unterschiedliche Einkommensgruppen nach, inwiefern ihre gesellschaftliche Teilhabe in objektiver und subjektiver Perspektive eingeschränkt ist. Im Sinne eines relativen Verständnisses von Ungleichheit gehen wir davon aus, dass sich solche Teilhabedefizite im Verhältnis zu jenen Einkommenspositionen bestimmen lassen, bei denen die finanziellen Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe gesichert sind. Unser Fokus liegt auf der unteren Hälfte der Einkommensverteilung, also auf Menschen, die weniger als das mittlere Einkommen zur Verfügung haben. Dieses Bevölkerungssegment reicht von Menschen in Armut bis hin zur unteren Mitte. Wir analysieren, wie es um die tatsächliche und gefühlte gesellschaftliche Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppen bestellt ist. Weil der Fokus des vorliegenden Beitrags auf den Folgen für die Demokratie liegt, steht dabei die Frage nach der politischen Teilhabe im Zentrum des Interesses.

In Abschnitt 2 gehen wir zunächst näher auf den Begriff der Teilhabe und seine Verknüpfung mit verschiedenen Einkommenspositionen ein. Danach beschreiben wir die verwendeten Daten und Methoden (3) und zeigen, wie es um die materielle Teilhabe in der unteren Einkommenshälfte bestellt ist (4). In Abschnitt 5 analysieren wir dann, wie die eigene Einkommensposition mit weiteren Dimensionen sozialer Teilhabe wie Bildung, Erwerbsintegration und die Einbindung in soziale Nahbeziehungen zusammenhängt. Im Anschluss geht es in Abschnitt 6 um das soziale Gefälle in der politischen Teilhabe. Der Bericht endet mit einem Fazit und einem Ausblick auf die politischen Implikationen der Ergebnisse (7).

¹ Alle kursiv gedruckten Begriffe werden im Glossar des Berichts kurz erläutert (siehe Anhang).

2 DIE UNTERE EINKOMMENSCHÄLTE: EIN ÜBERBLICK

Der konzeptionelle Ausgangspunkt dieses Verteilungsberichts ist ein relativ verstandenes Teilhabekontinuum. Es reicht von der Zone der vollen gesellschaftlichen Teilhabe, bei der Menschen die Möglichkeit haben, an der sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Dimension der Gesellschaft umfassend teilzuhaben, bis hin zu sehr geringen Teilhabemöglichkeiten, die in einer weitgehenden sozialen Exklusion der Betroffenen resultieren. Teilhabe ist also grundsätzlich mehrdimensional angelegt.² Ein Punkt ist dabei zentral: Es geht um die Möglichkeit, teilzuhaben. Ob bzw. inwieweit diese tatsächlich umgesetzt wird, ist eine individuelle Entscheidung und nicht der Maßstab für gesellschaftliche Teilhabe. Da Deutschland eine kapitalistische Marktwirtschaft ist, lässt sich die Möglichkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, zu großen Teilen aus der Verfügung über finanzielle Ressourcen ableiten. Diese sind die Grundlage für viele weitere Teilhabedimensionen. Es kostet Geld, ins Kino oder in die Kneipe zu gehen. Der Zusammenhang zwischen finanziellen Ressourcen und politischer Teilhabe ist indirekter. Beispielfhaft lässt sich dies an zwei Mechanismen verdeutlichen: Zum einen setzt politisches Interesse und vor allem politisches Engagement zeitliche und in eingeschränktem Maß damit auch finanzielle Ressourcen voraus. Zum anderen ist es nachgewiesen, dass Bevölkerungsgruppen mit geringen finanziellen Mitteln politisch marginalisiert werden, indem etwa ihre Interessen im politischen Raum weniger Gehör finden als die Belange der mittleren und vor allem die der oberen Einkommensgruppen (Elsässer et al. 2016). Wir fokussieren besonders auf Menschen bzw. Haushalte, die ein Einkommen unterhalb des mittleren Einkommens haben. Haushalte sind hier die relevante Einheit, da finanzielle Ressourcen üblicherweise in einem Haushaltszusammenhang geteilt werden.³ In einem ersten Schritt blicken wir darauf, welche Folgen eingeschränkte finanzielle Ressourcen für weitere Aspekte der materiellen Teilhabe haben. Hier steht für uns die Frage nach dem Ausmaß materieller Mangellagen und Sorgen um den Lebensstandard im Vordergrund. Als zweites werden wir analysieren, wie es um die politische Teilhabe der Haushalte in der unteren Einkommenshälfte bestellt ist.

Die untere Einkommenshälfte der Bevölkerung lässt sich weiter in Gruppen unterteilen, die sich hinsichtlich ihrer Einkommenshöhe und daraus resultierend in ihren Teilhabemöglichkeiten markant unterscheiden. Dabei ist zu bedenken, dass die Übergänge zwischen den Gruppen fließend sind. Die Schwellenwerte, die die Gruppen abgrenzen, sind immer zu einem gewissen Grad arbiträr, sie können nur eingeschränkt objektiv bestimmt werden. In Anlehnung an bestehende Konventionen und die Ergebnisse empirischer Forschung lässt sich die untere Einkommenshälfte in drei distinkte Gruppen einteilen:

Die unterste Gruppe ist das Segment der Armut. Stark und nachhaltig eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten und eine unzureichende materielle Versorgung sind der Kern dessen, was Armut ausmacht. So heißt es im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: „Armut [...] liegt vor, wenn die Handlungsspielräume von Personen in gravierender Weise eingeschränkt und gleichberechtigte Teilhabechancen an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft ausgeschlossen sind.“ (BMGS 2005, S.9) Als Abgrenzung für diese Gruppe der Armen hat sich seit längerem der Schwellenwert von 60 Prozent des mittleren Einkommens etabliert.

Oberhalb der Armut schließt sich die „Nahzone der Armuts Grenze“ an (Hübinger 1996, S.206). Die Teilhabemöglichkeiten dieser Gruppe sind eingeschränkt und vor allem nicht dauerhaft gesichert, das Abrutschen in Armut ist ein greifbares Risiko. In der Forschung ist hierfür die Bezeichnung „prekär“ üblich. Dieses Segment der prekären Einkommen ist gleichzeitig die Übergangszone zur gesellschaftlichen Mitte. Für die Schwelle, die diesen Übergang markiert, orientieren wir uns an der Studie von Becker et al. (2022). Diese leiten die Grenze zwischen „Prekarität“ und „Mitte“ einerseits aus einem empirisch festgestellten qualitativen Sprung im Konsumverhalten der Menschen und andererseits einer deutlichen Veränderung des Sparverhaltens ab.

² Für eine ausführliche Diskussion des relativen Teilhabeverständnisses als Grundlage für Armuts- und Ungleichheitsforschung vgl. Spannagel/Brülle (2024).

³ Natürlich ist auch der Besitz von Vermögen für Teilhabemöglichkeiten relevant. Leider liegen in den Daten, die wir für den Verteilungsbericht verwenden, keine jährlichen Angaben zu Vermögen vor. Sie lassen sich nur indirekt über Einkommen aus Vermögen berücksichtigen.

Auf der Basis einer integrierten Untersuchung der Einkommens- und Vermögensverteilung kommen die Autorinnen zu dem Ergebnis, dass dies bei 80 Prozent des *Medianeinkommens* der Fall ist.⁴ Diesen Wert übernehmen wir für den Verteilungsbericht. Die „prekären Einkommen“ liegen also zwischen 60 und 80 Prozent des mittleren Einkommens.

Oberhalb dieser Schwelle fängt der Bereich der „Einkommensmitte“ an. Der Begriff der gesellschaftlichen Mitte ist fast durchweg positiv konnotiert. In der Mittelschicht treffen sich, so die Vorstellung, „wünschenswerte[r] gesellschaftliche[r] Charakteristika, Fortschritt und Modernität“ (Mau 2014, S. 3f.). Auch die Abgrenzung der „Mitte“ ist umstritten. Oftmals reicht diese Gruppe von 75 bis 150 Prozent des Medianeinkommens, manchmal sogar bis zu dem 2,5-Fachen dieses Einkommens (etwa Niehues 2014). Die Mitte ist zudem kein homogener Ort, sie lässt sich in eine „untere“ und eine „obere“ Mitte unterteilen. Für den Verteilungsbericht orientieren wir uns im Wesentlichen an den Ergebnissen der oben schon zitierten Studie von Becker et al. (2022) und setzen daher die untere Mitte bei Einkommen zwischen 80 und 100 Prozent des Medians an, eine Gruppe, die die Autorinnen durch ihre „knappe Teilhabe“ charakterisieren.⁵ Die obere Mitte, in der Studie von Becker et al. (2022) durch „gute Teilhabe“ gekennzeichnet, liegt direkt oberhalb des Medians in einem Bereich bis unter 150 Prozent des mittleren Einkommens. Diese Bevölkerungsschicht dient uns als Vergleichsgruppe für die unteren Einkommensklassen.

Das positiv besetzte Bild der gesellschaftlich integrierten Mitte gehört jedoch zumindest teilweise der Vergangenheit an. Seit Jahren werden eine Verunsicherung oder gar eine Krise der Mitte konstatiert; Publikationen tragen Titel wie „Mittelschicht unter Druck“ (Burkhardt et al. 2013) oder „Die Mitte als Kampfzone“ (Schöneck-Voß/Ritter 2018), es wird sogar „Das Ende der Mittelschicht“ proklamiert (Goffart 2021). Gleichzeitig hat die empirische Forschung deutlich gezeigt, dass es zumindest bislang keinen kollektiven Abstieg der Mittelschicht gegeben hat.

Während Menschen in der Mitte der Einkommensverteilung vor allem in wirtschaftlichen Wachstumsphasen ihren Lebensstandard deutlich verbessern konnten, ist die Armut tendenziell jedoch von unten in die Gesellschaft hineingewachsen – Erfahrungen von Armut und Prekarität wurden gravierender und dauerhafter (Groh-Samberg 2014; Zucco/Özerdogan 2021). Mit der rasanten Teuerung der Lebenshaltungskosten infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine könnten sich hier jedoch inzwischen weitere Veränderungen ergeben haben. Beispielsweise wird vor dem Hintergrund subjektiver wirtschaftlicher Unsicherheit und multipler Krisenerfahrungen eine „Regression der Mitte“ befürchtet, also etwa die Zunahme ausschließender Einstellungen gegenüber marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen (Mullis 2024). Studien zu den Wahlerfolgen der AfD und deren Wähler*innenpotenzial legen zudem nahe, dass auch die demokratische Integration in Teilen der gesellschaftlichen Mitte brüchig geworden sein dürfte (Hövermann 2023). Dass bei den Armen wie auch bei prekären Einkommen die gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt bzw. fragil ist, ist kaum zu bestreiten. Der Zeiger auf dem Teilhabekontinuum steht aber auch in der unteren Mitte nicht automatisch auf volle gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Auch das werden wir im Folgenden sehen. Zunächst aber ein Überblick über unseren methodischen Zugang.

⁴ Für Haushalte mit einem Vermögen von mehr als dem Dreifachen des Medianeinkommens ziehen die Autorinnen die obere Grenze der „prekären Einkommen“ bereits bei 70 Prozent. Da der Verteilungsbericht aber allein auf die Einkommen blickt und die Zahl der Haushalte niedrig sein dürfte, die ein Einkommen von unter 80 Prozent des mittleren Einkommens haben und deren Vermögen gleichzeitig das Dreifache dieses Einkommens übersteigt, verwenden wir die 80 Prozent-Grenze als oberes Ende der prekären Einkommen.

⁵ Becker et al. (2022) ziehen allerdings auf der Basis ihrer empirischen Ergebnisse die Gruppe je nach Vermögen der Haushalte bis zu dem 0,95 bzw. 1,05-fachen des Medians.

3 DATEN UND METHODEN

Um die Entwicklung der Einkommensungleichheit und die Größe und Zusammensetzung der Einkommensgruppen nachzuzeichnen, nutzen wir Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) (Goebel et al. 2019). Dabei handelt es sich um eine bevölkerungsrepräsentative jährliche Wiederholungsbefragung von derzeit etwa 20.000 Personen in fast 13.000 Haushalten. Die aktuellste Version der Daten bezieht sich auf das Jahr 2022.⁶ Einkommen werden im SOEP retrospektiv für das vergangene Jahr erfasst, sodass sich die Entwicklung der Einkommensverteilung bis zum Jahr 2021 nachvollziehen lässt.⁷

Ausgangspunkt für die Analyse der Einkommensverteilung ist das „*äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen*“ (bzw. das *verfügbare Haushaltseinkommen*): Dafür werden die Einkommen aller Personen eines Haushalts zusammengerechnet. Hier spielt das Einkommen aus selbstständiger oder nichtselbstständiger Erwerbsarbeit eine besonders wichtige Rolle, aber auch staatliche Transfers wie das Bürgergeld oder Kapitaleinkommen, wie beispielsweise aus der Vermietung von Wohneigentum, fließen mit ein. Wir addieren zudem auch den imputierten Wert selbstgenutzten Wohneigentums dazu, um zu berücksichtigen, dass Personen, die keine Miete zahlen müssen, im Vergleich zu anderen bessergestellt sind. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge werden abgezogen. In einem letzten Schritt wird das Haushaltseinkommen mit der neuen OECD-Skala standardisiert, um zu berücksichtigen, dass die Bedarfe von Haushalten je nach Größe und Zusammensetzung variieren.⁸ Für das Einkommensjahr 2021 lag der Median des verfügbaren Einkommens für eine alleinstehende Person bei 2.244 Euro pro Monat.

Das SOEP stellt nur begrenzt Informationen zu politischen Einstellungen und gesellschaftlicher Teilhabe zur Verfügung. Gleichzeitig sind aufgrund der derzeitigen Datenverfügbarkeit nur eingeschränkt Aussagen vor dem Hintergrund der aktu-

ellen politischen Situation möglich. Wir ergänzen die SOEP-Analysen deshalb mit Daten aus dem Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ der Hans-Böckler-Stiftung (im Folgenden auch „Lebenslagendaten“; Hövermann et al. 2022). Neben einer ersten Erhebung im Jahr 2020⁹ wurde auch eine zweite Erhebung im Jahr 2023 durchgeführt, für die jeweils mehr als 4.000 Personen telefonisch anhand einer Zufallsstichprobe repräsentativ befragt wurden. Für unsere Analysen verwenden wir die Daten der zweiten Erhebung. Um die Entwicklung politischer Einstellungen während der Krisen der vergangenen Jahre nachvollziehen zu können, vergleichen wir die Ergebnisse an ausgewählten Stellen mit Daten aus der ersten Erhebung aus dem Jahr 2020. Im Vergleich zu den SOEP-Daten basieren die Einkommensinformationen im Lebenslagendatensatz allein auf der Frage, wie hoch das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts insgesamt ist. Sie werden nicht aus einzelnen Einkommenskomponenten berechnet.¹⁰ Die Befragung stellt neben den monatlichen Einkommensinformationen differenzierte Daten zu politischen Einstellungen zur Verfügung, die wir im Folgenden zur weitergehenden Analyse der politischen Teilhabe nutzen.

Für beide Datensätze, SOEP und HBS-Lebenslagendaten, definieren wir vier Einkommensgruppen auf Basis des äquivalenzgewichteten verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens im Vergleich zum Medianeinkommen im jeweiligen Jahr: Armut (weniger als 60 Prozent des Medians), Prekarität (60 bis unter 80 Prozent des Medians), untere Mitte (80 bis unter 100 Prozent des Medians) und obere Mitte (100 bis unter 150 Prozent des Medians).¹¹ Diese Unterteilung wird im SOEP auf Basis der jährlichen Einkommensinformationen, in den Lebenslagendaten auf Basis des aktuellen monatlichen Einkommens vorgenommen und ist ansonsten identisch.

6 Die SOEP-Daten für 2022 wurden unmittelbar vor Fertigstellung des Berichts veröffentlicht. Die Ungleichheitsindikatoren, die Zahlen zur Größe der untersuchten Einkommensgruppen sowie die Angaben zur Entwicklung der Realeinkommen wurden mit der neuesten Datenversion (v39) berechnet. Alle anderen SOEP-Zahlen beziehen sich auf die vorangegangene Welle (v38.1).

7 Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Version 38.1, Daten der Jahre 1984 bis 2021 (SOEP-Core v38.1, EU-Edition – Update). 2023. DOI: 10.5684/soep.core.v38.1eu; Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Version 39, Daten der Jahre 1984 bis 2022 (SOEP-Core v39, EU-Edition). 2024. DOI: 10.5684/soep.core.v39eu. Die Gewichtungsfaktoren für das Jahr 2022 sind vorläufig.

8 Dabei wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt der Wert 1 zugewiesen, jeder weiteren Person ab 14 Jahren der Wert 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren der Wert 0,3. Für einen Paarhaushalt mit zwei kleinen Kindern wird das Haushaltseinkommen beispielsweise durch den Wert 2,1 geteilt ($1 + 0,5 + 2 \times 0,3$).

9 Die Befragung wurde überwiegend im Dezember 2020 durchgeführt, nur etwa sechs Prozent der Interviews fanden erst im Januar 2021 statt.

10 Der Median der verfügbaren Haushaltseinkommen liegt in den Lebenslagendaten in der ersten Welle (2020) bei monatlich 1.800 Euro und bei 2.000 Euro in der zweiten Welle (2023). Die niedrigeren Werte im Vergleich zum SOEP lassen sich dadurch erklären, dass bei den SOEP-Daten durch die jährliche Erhebungsweise und die Berücksichtigung selbstgenutzten Wohneigentums zusätzliche Einkommenskomponenten einfließen.

11 Für die SOEP-Daten ergeben sich damit folgende Grenzen (jeweils als verfügbares Monatseinkommen für eine alleinstehende Person): 1.346 Euro = Grenze Armut-Prekarität; 1.795 Euro = Grenze Prekarität-untere Mitte. Die Grenze zwischen unterer und oberer Mitte liegt genau auf dem Median (also bei 2.244 Euro).

Die Entwicklung von Einkommensungleichheit, Armut und Reichtum

Wie hat sich die Einkommensverteilung in der ganzen Breite in den letzten Jahren entwickelt? Der Gini-Koeffizient zeigt, dass die Einkommensungleichheit seit 2010 insgesamt zugenommen hat (Tabelle 1). Er lag im Jahr 2010 bei 0,28 und ist seitdem wellenförmig angestiegen. Die Einkommensungleichheit hat im Jahr 2021 mit einem Wert von 0,31 einen neuen Höchststand seit der Wiedervereinigung erreicht.

Die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen zeigt sich auch, wenn man einen Blick auf die Entwicklung der Armuts- und Reichtumsquoten wirft (Tabelle 1). Der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, ist seit 2010 um mehr als drei Prozentpunkte auf 17,8 Prozent gestiegen und hat damit am aktuellen Rand einen Höchstwert erreicht. Der Anstieg vollzieht sich fast kontinuierlich über alle untersuchten Jahre hinweg. Lediglich Mitte der 2010er Jahre war die Quote kurzzeitig leicht rückläufig. Der Anteil der Menschen in strenger Armut ist – relativ gesehen – noch stärker gestiegen als die Armutsquote (von 7,8 Prozent auf 11,3 Prozent). Am oberen Rand tut sich hingegen nur wenig. Sowohl die Quoten für Einkommensreichtum wie auch die für großen Einkommensreichtum liegen sehr konstant bei zumeist etwas unter acht Prozent bzw. bei knapp unter zwei Prozent. Dass die Einkommensungleichheit gestiegen ist, wie der Gini-Koeffizient es zeigt, geht mithin eher auf eine stärkere Ungleichverteilung der Einkommen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung zurück.

Tabelle 1

Gini-Koeffizient, Einkommensarmut und Einkommensreichtum in Deutschland, 2010-2021

Angaben in Prozent (Armuts- und Reichtumsquoten)

Jahr	Gini-Koeffizient	Strenge Armut	Armut	Reichtum	Großer Reichtum
2010	0,282	7,8	14,2	7,7	1,9
2011	0,285	7,8	14,4	7,8	1,8
2012	0,285	8,3	14,6	7,9	1,8
2013	0,292	8,5	15,2	8,1	2,1
2014	0,288	9,0	15,5	8,2	1,7
2015	0,293	10,2	16,4	7,3	1,9
2016	0,292	9,8	16,1	8,0	1,7
2017	0,291	10,0	16,2	6,9	1,7
2018	0,291	10,1	16,4	7,2	1,6
2019	0,295	10,7	16,7	7,3	2,0
2020	0,304	11,5	17,3	7,9	1,7
2021	0,310	11,3	17,8	8,0	2,3

Anmerkungen:

Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (Gesamtgruppe der Armen) bzw. weniger als 50 Prozent (Teilgruppe der streng Armen) leben; Einkommensreichtum beginnt ab einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200 Prozent, großer Reichtum bei mehr als dem Dreifachen des Medians. Gewichtungsfaktoren für 2021 sind vorläufig.

Quelle: SOEP v39, eigene Berechnungen.

4 MATERIELLE TEILHABE IN DER UNTEREN EINKOMMENSCHÄLFTE

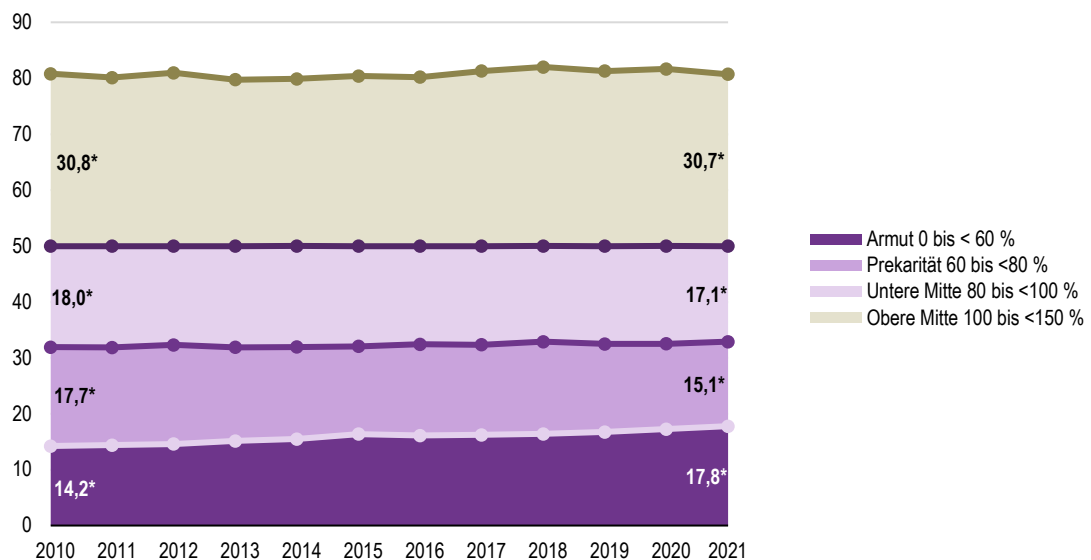
Seit 2010 ist die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland deutlich gestiegen (siehe Infobox). Wie sieht vor diesem Hintergrund die Entwicklung in unseren drei Einkommensgruppen bzw. in der Vergleichsgruppe der oberen Mitte seit dem Jahr 2010 aus (Abbildung 1)? Der Anteil der Armen ist deutlich von knapp über 14 Prozent auf 17,8 Prozent angestiegen. Der Anstieg vollzieht sich nahezu kontinuierlich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg und geht wie in der Infobox beschrieben zudem auch noch mit einem starken Anstieg derjenigen in strenger Armut einher. Die Zahl der Haushalte mit prekären Einkommen ist im gleichen Zeitraum rückläufig. Sie sinkt von 17,7 Prozent auf 15,1 Prozent. Der Rückgang vollzieht sich vor allem am Anfang der untersuchten Dekade sowie in den letzten Jahren des Untersuchungszeitraums. Der Bevölkerungsanteil in der unteren Mitte geht nur leicht zurück, er liegt im Jahr 2021 bei 17,1 Prozent. In der oberen Mitte befinden sich, von zwei Jahren abgesehen, durchgehend mehr als 30 Prozent der Bevölkerung.

Innerhalb der unteren Hälfte der Einkommensverteilung zeigt sich mithin eine Art Polarisierung: Einer deutlich ansteigenden Armutsquote steht ein sinkender Anteil an Haushalten mit prekären Einkommen und eine nur leicht rückläufige untere Mitte gegenüber. Noch deutlicher wird diese Polarisierung, wenn man sich vor Augen hält, wie sich die durchschnittlichen Einkommen der vier Gruppen real entwickelt haben (Daten nicht dargestellt):¹² Im Jahr 2010 hatte ein Haushalt in Armut im Schnitt ein Jahreseinkommen von etwas über 10.300 Euro zur Verfügung, elf Jahre später waren es etwas mehr als 11.400 Euro. Das sind lediglich 10 Prozent mehr. Die durchschnittlichen Realeinkommen der anderen drei Einkommensgruppen sind im gleichen Zeitraum um 19 Prozent (prekäre Einkommen) bzw. um 20 Prozent (untere und obere Mitte) gestiegen. Im Jahr 2021 lag das Jahreseinkommen in der Gruppe der prekären Einkommen im Schnitt bei etwa 18.900 Euro (rund 15.900 Euro in 2010), ein Haushalt in der unteren Mitte hatte etwas mehr als 24.200 Euro zur Verfügung (etwas

Abbildung 1

Entwicklung der Bevölkerungsgruppen unterhalb des Medians und der oberen Mitte, 2010–2021

Angaben in Prozent



Anmerkungen: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe.

*Anteil der Personen in der jeweiligen Einkommensgruppe im Jahr 2010 bzw. 2021.

Quelle: SOEP v39, eigene Berechnungen

WSI

¹² Alle Einkommensangaben unter Annahme eines Einpersonenhaushalts und in Preisen von 2020.

über 20.100 Euro in 2010), in der oberen Mitte waren es knapp 32.700 Euro (knapp 27.300 Euro in 2010). Die Armen wurden mithin relativ zu den anderen Einkommensgruppen im Verlauf der untersuchten Dekade weiter abgehängt. Im Jahr 2020 lag das Jahreseinkommen in der Gruppe der prekären Einkommen im Schnitt bei knapp 19.000 Euro (etwa 15.200 Euro in 2010), ein Haushalt in der unteren Mitte hatte etwas mehr als 24.000 Euro zur Verfügung (knapp 19.400 Euro in 2010), in der oberen Mitte waren es über 32.600 Euro (etwa 26.200 Euro in 2010). Die Armen wurden mithin relativ zu den anderen Einkommensgruppen im Verlauf der untersuchten Dekade weiter abgehängt.

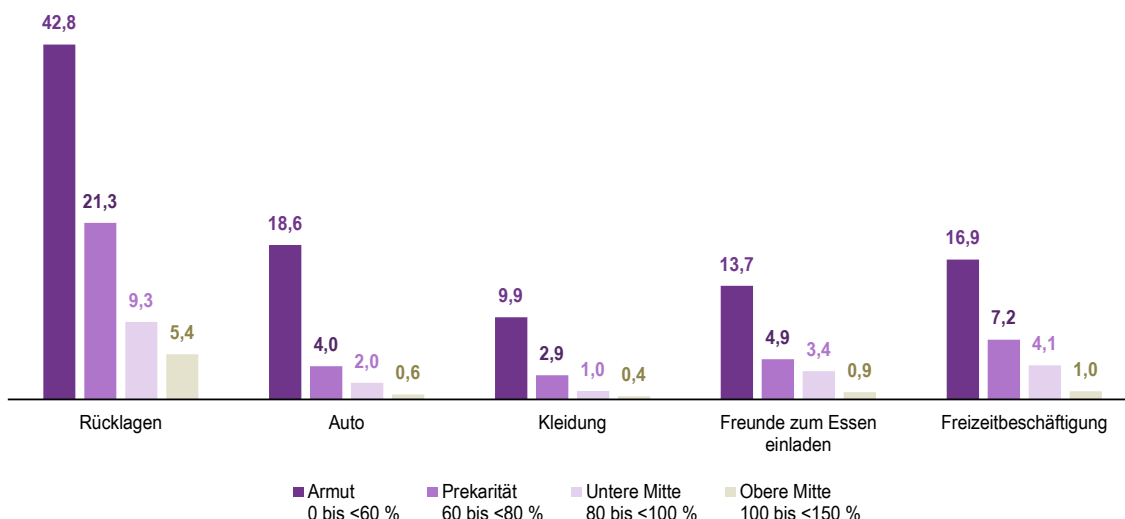
Die untersuchten Einkommensgruppen unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung in Bezug auf verschiedene soziodemographische Variablen (siehe Tabelle 2 im Anhang): Frauen sind in allen drei Einkommensgruppen der unteren Einkommenshälfte leicht überrepräsentiert. Das gilt auch für Menschen mit Migrationshintergrund, Personen unter 25 Jahren sowie Ostdeutsche. Für alle diese Merkmale gilt: Sie sind umso stärker überrepräsentiert, je niedriger die Einkommensklasse. Menschen im Rentenalter sind vor allem in prekären Einkommenspositionen und der unteren Mitte überrepräsentiert.¹³

Mit der Einkommenshöhe ist unmittelbar die materielle Teilhabe verbunden. Abbildung 2 zeigt klar: Je geringer das Einkommen ist, desto höher ist das Ausmaß an materieller Deprivation. So geben über 40 Prozent der Armen an, dass sie keinerlei finanzielle Rücklagen für Notfälle haben. Bei den prekären Einkommen sind es nur mehr halb so viele, in der unteren Mitte etwas mehr als neun Prozent. Ein ähnliches Gefälle zeigt sich bei der Frage, ob man sich ein Auto leisten kann oder ob man finanziell in der Lage ist, abgetragene Kleidung durch neue zu ersetzen. Deutlich zeigen die Daten, dass auch die soziale Teilhabe bei den Armen stark eingeschränkt ist, Einschränkungen zeigen sich hier aber auch noch in der unteren Mitte: So geben fast 14 Prozent der Armen an, aus finanziellen Gründen Freunde nicht einmal im Monat zum Essen einladen zu können, unter den Bezieher*innen prekärer Einkommen sind es fast fünf Prozent und über drei Prozent in der unteren Mitte. Ihre Freizeitbeschäftigung müssen knapp 17 Prozent der Armen und über sieben Prozent der Menschen mit prekären Einkommen einschränken. Selbst ein Mal im Monat ins Kino zu gehen, ein Konzert oder eine Sportveranstaltung zu besuchen, können sie sich nicht leisten. In der unteren Mitte trifft das auf etwas mehr als vier Prozent zu.

Abbildung 2

Facetten materieller Deprivation nach Einkommensgruppe, 2021

Anteil der Personen, die sich ein Item finanziell nicht leisten können
Angaben in Prozent



Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe

Quelle: SOEP v38.1, eigene Berechnungen

WSI

¹³ Die Aspekte Bildung, Erwerbstätigkeit und Haushaltszusammensetzung werden wir im Abschnitt 5 dieses Berichts zudem als eigene Dimensionen von Teilhabe noch separat beleuchten.

Insgesamt ist somit auch für die untere Mitte im Vergleich zur oberen Mitte ein höheres Risiko materieller Deprivation festzustellen. Dennoch sticht bei der Frage, ob Menschen sich alltägliche Dinge finanziell leisten können, vor allem die besonders problematische Situation von Menschen in Armut hervor: Für alle untersuchten Merkmale ist der Anteil derjenigen, die auf alltägliche Güter verzichten müssen mindestens doppelt so hoch wie in der nächsthöheren Position der prekären Einkommen. Dies gilt jedoch nicht für alle Formen materieller Einschränkungen: So finden nicht nur etwa ein Viertel der Menschen in Armut, sondern auch knapp 20 Prozent derjenigen in Prekarität und 15 Prozent in der unteren Mitte ihre Wohnung zu klein für ihren Haushalt (eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt). Materielle Sorgen können zudem auch über die gegenwärtige Situation hinaus belastend sein: Wirtschaftliche Unsicherheit schränkt die eigenen Möglichkeiten der Zukunftsplanung ein und stellt eine psychologische Belastung dar. In der Forschung wird wirtschaftliche Unsicherheit zudem immer wieder prominent mit politischer Unzufriedenheit und demokratischer Entfremdung in Verbindung gebracht (Hacker et al. 2013).

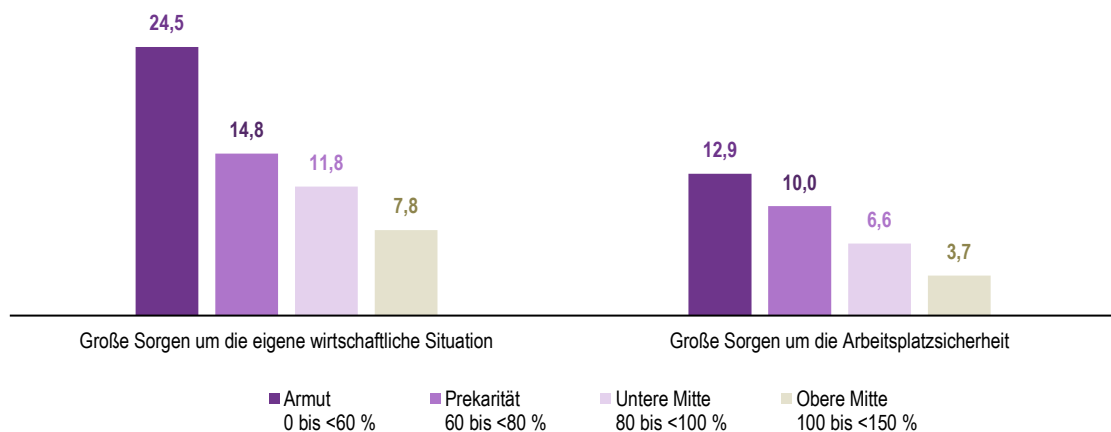
Abbildung 3 zeigt zwei Dimensionen subjektiver wirtschaftlicher Unsicherheit: Große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und große Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes. Auch hier zeigt sich ein starker Einkommensgradient, der jedoch weniger deutlich ausgeprägt ist als für die gegenwärtige materielle Deprivation. Knapp ein Viertel der Menschen in Armut, etwa 15 Prozent der Menschen in prekären Einkommenspositionen und rund zwölf Prozent in der unteren Mitte machen sich große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation. Große Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen sich zudem knapp 13 Prozent der Armen, zehn Prozent der Menschen in Prekarität und fast sieben Prozent in der unteren Mitte.

Interessanterweise sind Sorgen, die sich direkt auf die zukünftige Lebenssituation beziehen stärker ausgeprägt als diese gerade dargestellten stärker gegenwartsbezogenen Bedenken. Um das zu zeigen, nutzen wir Daten aus dem Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ für das Jahr 2023. Noch stärker als für die SOEP-Daten mit Einkommensangaben bis zum Jahr 2020 lassen sich hier auch die Auswirkungen der Krisen der letzten Jahre und die damit verbundenen Belastungen für die unteren Einkommensgruppen abbilden. Ein Vergleich mit den Werten für das Jahr 2020 zeigt, wie stark wirtschaftliche Verunsicherungen seitdem bis in die Mitte der Einkommensverteilung vorgedrungen sind (Abbildung 4).

Abbildung 3

Anteil der Menschen mit großen Sorgen um die eigene ökonomische Position und den Arbeitsplatz nach Einkommensgruppe, 2021

Angaben in Prozent



Anmerkungen:
Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zu Median definierten Einkommensgruppe.
Die Daten zur Arbeitsplatzsicherheit beziehen sich nur auf Erwerbstätige.

Quelle: SOEP v38.1, eigene Berechnungen

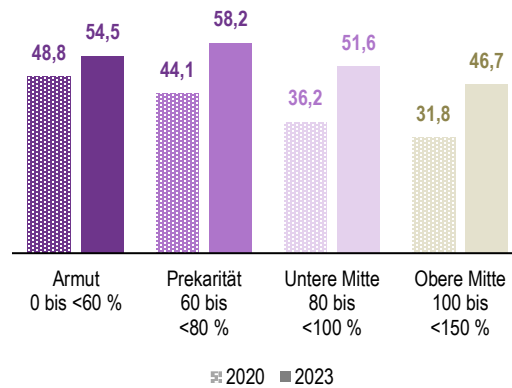
Im Jahr 2023 stimmten fast 55 Prozent der Menschen in Armut, über 58 Prozent derjenigen mit prekären Einkommenspositionen und knapp 52 Prozent derjenigen in der unteren Mitte der Aussage zu, dass sie befürchten, ihren Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können. Bei den prekären Einkommen und gerade in der unteren Mitte war diese Befürchtung zum Zeitpunkt der ersten Befragung (im Jahr 2020) noch deutlich geringer ausgeprägt. Selbst in der oberen Mitte zeigt sich im Zeitvergleich ein Anstieg der zukunftsbezogenen wirtschaftlichen Sorgen, wobei ein deutlicher Unterschied zu den niedrigeren Einkommensgruppen auch in der aktuellen Erhebung bestehen bleibt.

Der Abschnitt belegt deutliche Einschränkungen in der materiellen Teilhabe der unteren Einkommensgruppen. Dabei sind akute materielle Einschränkungen auf Menschen in Armut konzentriert, während wirtschaftliche Unsicherheiten noch deutlicher in die Mitte hineinreichen. Wie eingangs ausgeführt, ist soziale Teilhabe jedoch ein multidimensionales Konzept: Im Folgenden schauen wir uns deshalb den Zusammenhang zwischen Einkommenspositionen in der unteren Einkommenshälfte und drei weiteren Dimensionen sozialer Teilhabe genauer an – Bildungsteilhabe, Erwerbsteilhabe und soziale Einbindung.

Abbildung 4

Anteil der Personen mit sehr großen und großen Sorgen über zukünftigen Lebensstandard nach Einkommensgruppe, 2020 und 2023

Angaben in Prozent



Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe.

Quelle: HBS-Lebenslagendaten, eigene Berechnungen



5 TEILHABECHANCEN: EINE MEHRDIMENSIONALE BETRACHTUNG

Während im vorherigen Abschnitt die materielle Teilhabe der drei untersuchten Einkommensgruppen im Vordergrund stand, beschreiben wir im folgenden weitere Dimensionen von Teilhabemöglichkeiten. Auch hier schauen wir uns dabei den Zusammenhang zwischen Einkommensposition und Teilhabechancen an, um dadurch die Lebensrealitäten in der unteren Einkommenshälfte nachzuzeichnen: Gerade, wenn niedrige Einkommenspositionen auch mit Teilhabedefiziten in anderen Bereichen einhergehen, ist dies besonders problematisch, weil sich dann verschiedene Formen der Benachteiligung kumulieren. Umgekehrt könnte eine geringe Überschneidung verschiedener Teilhabedimensionen Möglichkeiten bieten, Defizite in einzelnen Bereichen zu kompensieren (Bartelheimer/Kädtler 2012). Dabei konzentrieren wir uns auf die Aspekte Bildung, Erwerbstätigkeit und die Einbindung in soziale Netzwerke. Es zeigt sich, dass Einkommenspositionen auch über die materielle Ausstattung hinaus mit gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten verknüpft sind. Das legt nahe: Bildung, Erwerbstätigkeit und soziale Einbindung sind zum einen zentrale Faktoren, die Einkommenschancen erklären. Auf der anderen Seite zeigt die Forschung aber auch, dass all diese Faktoren durch Einkommensressourcen beeinflusst werden (vgl. Becker 2015; Böhnke/Link 2017; Funcke/Menne 2023; Gallie et al. 2003). Unabhängig von der kausalen Richtung der Beziehung ist die Verknüpfung dieser Faktoren wichtig, um die Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabechancen der Menschen besser zu verstehen.

Die SOEP-Daten zeigen, wie deutlich defizitär die Bildungsteilhabe der drei Gruppen in der unteren Einkommenshälfte ist: 54 Prozent der Menschen über 30 Jahren, die in Armut leben, haben maximal einen Hauptschulabschluss und mehr als jede*r Vierte hat keinen beruflichen Bildungsabschluss (Abbildung 5). Diese Werte sinken in den höheren Einkommensgruppen sukzessive auf etwas über 51 und knapp 19 Prozent der Menschen in Prekarität sowie knapp 37 bzw. zwölf Prozent in der unteren Mitte. In der oberen Mitte haben dagegen nur etwas mehr 27 Prozent höchstens einen Hauptschulabschluss und nicht mal neun Prozent haben keinerlei beruflichen Bildungsabschluss. Noch ausgeprägter ist das soziale Gefälle bei der Erwerbsteilhabe: Fast zwei Drittel derjenigen in der oberen Mitte sind unbefristet in Vollzeit beschäftigt, aber nur etwas mehr als die Hälfte der unteren Mitte und rund 44 Prozent der Menschen in prekären Einkommenspositionen. Bei den Armen sind es nicht mal ein Viertel. Dagegen sind über ein Fünftel der Armen arbeitslos. In der oberen Mitte trifft das nur auf etwas mehr als zwei Prozent zu. Auch bei der sogenannten atypischen Beschäftigung, also geringfügiger Beschäftigung oder Leiharbeit, ist der Anteil mit über 16 Prozent unter den

Armen fast doppelt so hoch wie der Anteil in der oberen Mitte.

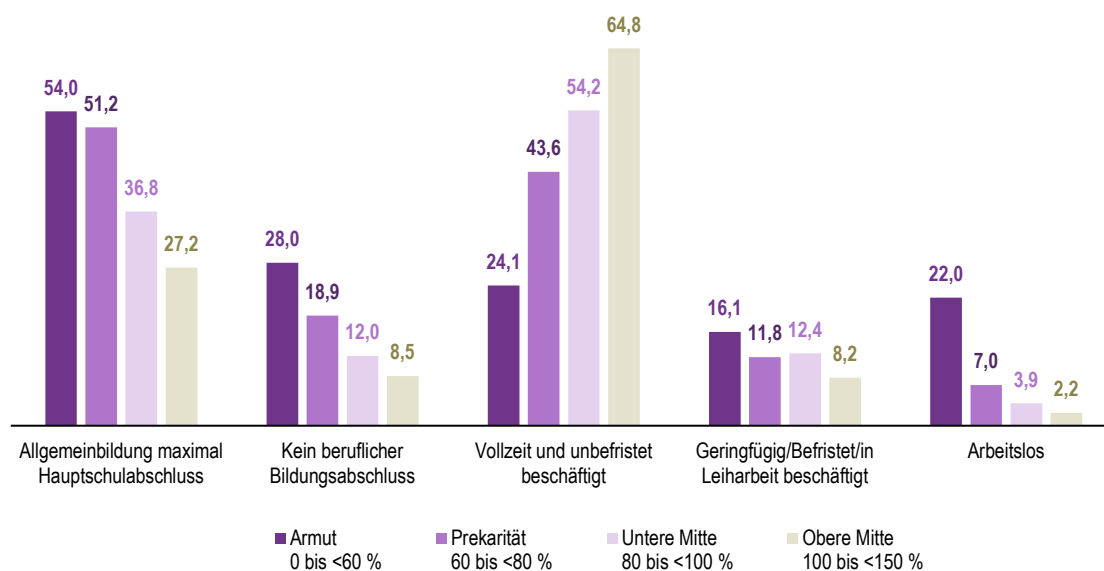
Für die soziale Einbindung der Menschen zeigt sich zunächst, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen in allen Einkommensgruppen regelmäßig Freunde oder Familie trifft (Abbildung 6). Allerdings zeigen sich auch hier Unterschiede zwischen den Gruppen: Immerhin fast 14 Prozent der Armen treffen sich nicht mal ein Mal im Monat mit Freund*innen oder Familienmitgliedern. In der unteren Mitte und bei denjenigen mit prekären Einkommen sind es knapp zwölf Prozent, in der oberen Mitte knapp zehn Prozent. Einen noch deutlicheren Einkommensgradienten, wenn auch auf niedrigem Niveau, zeigt sich für die Frage, ob Menschen nach eigener Auskunft enge Freunde haben: Knapp vier Prozent der Personen in der oberen Mitte geben an, keine engen Freunde zu haben. In der unteren Mitte sind es fast sechs Prozent, Menschen in Prekarität geben dies zu rund sieben Prozent an. Bei den Armen sind es über acht Prozent und damit mehr als doppelt so viele wie in der oberen Mitte. Auch im eigenen Haushalt können Menschen mit niedrigen Einkommen dabei seltener auf Unterstützung zurückgreifen, denn mit fast 36 Prozent der Befragten leben doppelt so viele Personen in Armut allein, wie dies in der oberen Mitte der Fall ist. Menschen mit prekären Einkommen sind zu etwa 22 Prozent und in der unteren Mitte zu über 18 Prozent alleinstehend. Die Anteile der Alleinerziehenden sind ebenfalls sehr ungleich verteilt, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau. Die Anteile liegen bei einem Prozent in der oberen Mitte, knapp drei Prozent in der unteren Mitte, rund vier Prozent bei den prekären Einkommen und bei über sechs Prozent der Menschen in Armut. Dabei sollten diese Lebensformen selbstverständlich nicht mit fehlender sozialer Teilhabe gleichgesetzt werden. Es zeigt jedoch, dass Personen in der unteren Einkommenshälfte seltener auf zusätzliche Ressourcen und die soziale Unterstützung anderer Haushaltsmitglieder zurückgreifen können.

Nimmt man all diese hier gezeigten Ergebnisse zusammen, zeigt sich deutlich: Auch in Bezug auf die Dimensionen Bildung, Erwerbstätigkeit und die sozialen Nahbeziehungen finden wir mit geringeren Einkommen abnehmende Teilhabechancen. Dies bedeutet, dass auch die Möglichkeit, Defizite in der materiellen Teilhabe durch Ressourcen in anderen Bereichen zu kompensieren, in der unteren Einkommenshälfte weniger vorhanden ist. Im folgenden Abschnitt werden wir nun darstellen, wie sich in der aktuellen Situation die betrachteten Einkommensgruppen in ihren Positionen gegenüber dem demokratischen System unterscheiden.



Bildungs- und Erwerbsteilhabe nach Einkommensgruppe, 2021

Angaben in Prozent



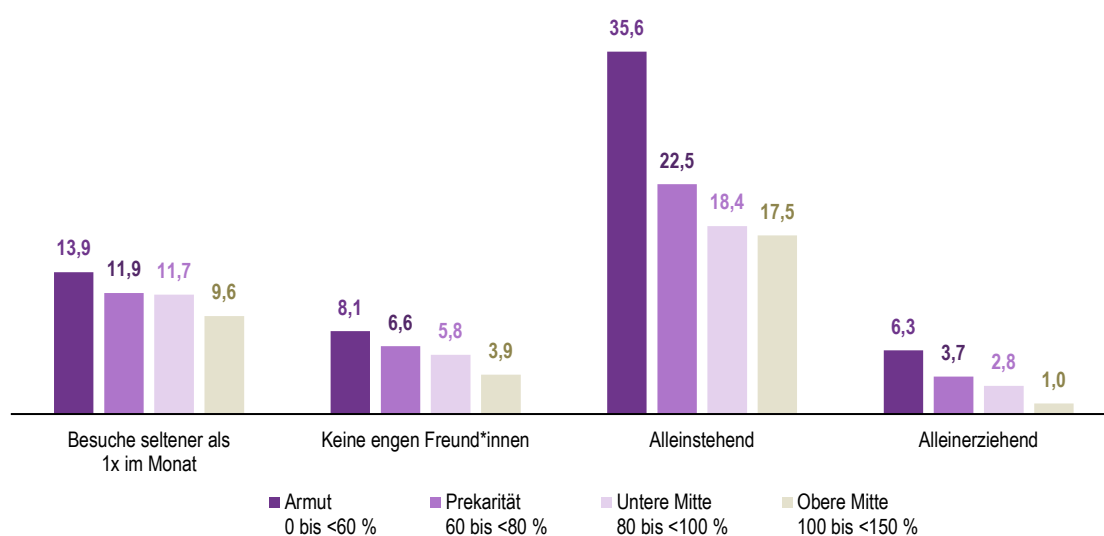
Anmerkungen: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe.

Quelle: SOEP v38.1, eigene Berechnungen

WSI

Soziale Einbindung und Haushaltszusammensetzung nach Einkommensgruppe, 2021

Angaben in Prozent



Anmerkungen: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe.

Quelle: SOEP v38.1, eigene Berechnungen

WSI

6 UNGLEICHE EINKOMMEN – UNGLEICHE POLITISCHE TEILHABE

Wie blicken Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung auf das politische System? Im Anschluss an das Konzept gesellschaftlicher Teilhabe (Abschnitt 1) können Möglichkeiten der politischen Teilhabe als Fluchtpunkt der Analyse dienen. Voraussetzung politischer Teilhabe ist dabei auf der einen Seite die Möglichkeit, eine eigene politische Position zu beziehen und das Gefühl zu haben, sich an der politischen Gestaltung ihrer eigenen Lebensumstände beteiligen zu können. Auf der anderen Seite setzt politische Teilhabe voraus, dass Menschen sich grundlegend mit dem demokratischen System identifizieren. Abbildung 7 zeigt das soziale Gefälle bei der Bewertung des politischen Systems: Es fällt auf, dass viele Befragte vor allem in den unteren Einkommensgruppen auch über die ökonomische Position hinaus eine Verunsicherung spüren. Über 54 Prozent der Armen und mehr als 51 Prozent der Menschen mit prekären Einkommen stimmen der Aussage zu, alles sei in Unordnung geraten und sie wüssten nicht, wo sie eigentlich stehen. Ähnlich viele sind es in der unteren Mitte; in der oberen Mitte sind es lediglich 37 Prozent.

Für die Bewertung des politischen Systems zeigt sich dann spiegelbildlich, dass zwar in allen Einkommensgruppen knapp die Hälfte oder mehr der

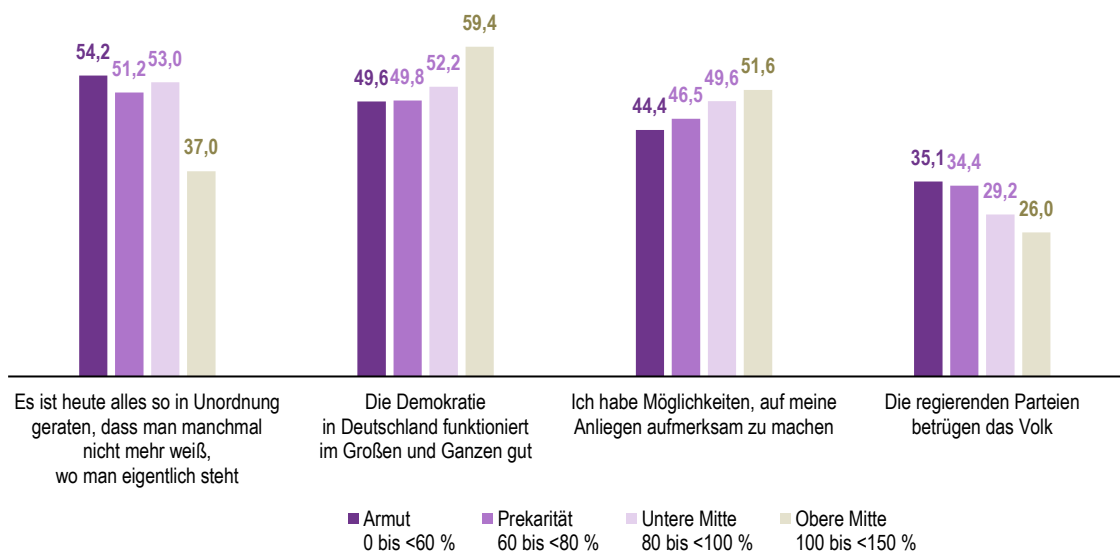
Befragten der Ansicht ist, dass die Demokratie in Deutschland im Großen und Ganzen gut funktioniert. Aber auch hier gibt es deutliche Abstufungen zwischen den Gruppen: Rund 50 Prozent der Armen und der Menschen mit prekären Einkommen sind mit der Demokratie im Wesentlichen zufrieden; in der unteren Mitte sind es 52 Prozent, in der oberen Mitte fast 60 Prozent. Damit korrespondiert auch die Einschätzung, ob man selbst auf die eigenen Anliegen aufmerksam machen kann: Hier steigt die Zustimmung von etwas über 44 Prozent bei den Armen auf rund 52 Prozent in der oberen Mitte. Eine noch deutlichere Entfremdung vom politischen Geschehen – die Zuschreibung von betrügerischem Verhalten der regierenden Parteien – ist noch stärker ungleich entlang der Einkommensgruppen verteilt: Unter den Menschen in Armut und mit prekären Einkommen stimmen über ein Drittel dieser Aussage zu, während es bei der oberen Mitte nur etwas mehr als ein Viertel ist.

Eine weitere Dimension politischer Integration ist das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen (Abbildung 8). Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen, wenngleich das Vertrauen in Institutionen wie die Polizei und die Gerichte insgesamt sehr solide ist. Dennoch bringen jeweils über 20 Prozent der

Abbildung 7

Einstellungen zur Demokratie und zum politischen Geschehen nach Einkommensgruppe, 2023

Anteil der Personen, die sagen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme zu“
Angaben in Prozent



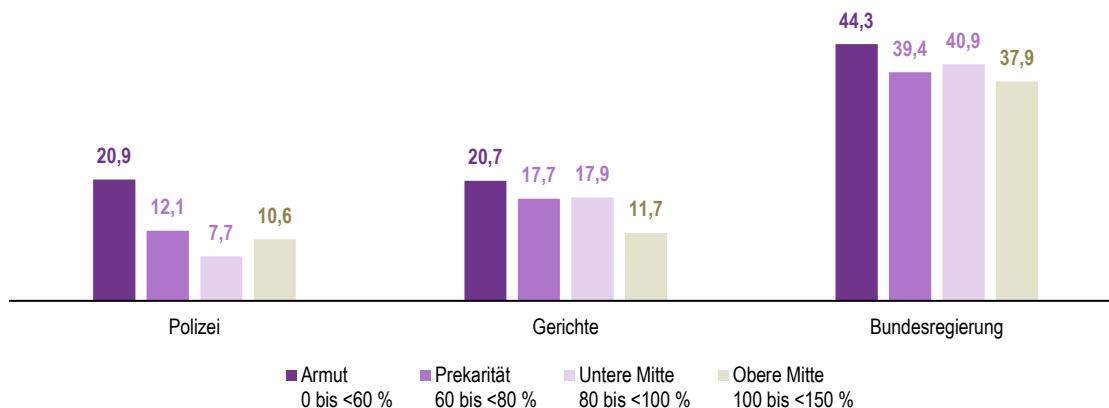
Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe.

Quelle: HBS-Lebenslagendaten, eigene Berechnungen

WSI

Anteil der Personen mit gar keinem oder geringem politischen Vertrauen nach Einkommensgruppe, 2023

Angaben in Prozent



Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe.

Quelle: HBS-Lebenslagendaten, eigene Berechnungen

WSI

Menschen in Armut diesen Institutionen nur wenig Vertrauen entgegen. Ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung ist dagegen in allen Einkommensgruppen relativ stark verbreitet und rangiert zwischen über 44 Prozent bei den Armen und knapp 38 Prozent in der oberen Mitte. Dabei ist hervorzuheben, dass dieser Wert seit der ersten Erhebung im Jahr 2020 quer durch alle Gruppen um 16 bis 22 Prozentpunkte gestiegen ist (Daten nicht dargestellt). Hier spiegelt sich eine allgemeine Unzufriedenheit mit der aktuellen Bundesregierung wider (Kohlrausch et al. 2023). Zwar hat sich auch für andere Institutionen das Vertrauen im Zeitverlauf verringert, allerdings bei weitem nicht so stark (ebd.).

Die unterschiedlichen Einstellungen zum politischen System spiegeln sich auch in politischen Handlungsabsichten wider, beispielsweise in der Absicht, bei einer Bundestagswahl nicht wählen zu gehen (Abbildung 9): Mit klarem Abstand am häufigsten wird dies von Menschen in Armut geäußert: Hier hat jede*r Fünfte nicht vor, wählen zu gehen. Bei Menschen mit prekärem Einkommen sind es rund 15 Prozent und in der unteren Mitte knapp 14 Prozent. In der oberen Mitte ist es dagegen nurmehr etwas mehr als jede*r Zehnte.

Insgesamt wird deutlich, dass sich unterschiedliche Teilhabemöglichkeiten nicht nur in Bezug auf materielle Aspekte und die subjektive Lebenssituation zeigen, sondern auch mit Blick auf politische Einstellungen und Verhaltensabsichten: Menschen in Armut oder prekären Einkommenssituationen haben eine geringere politische Teilhabe. Sie setzen weniger Vertrauen in das politische System und seine Institutionen und gehen häufiger sogar

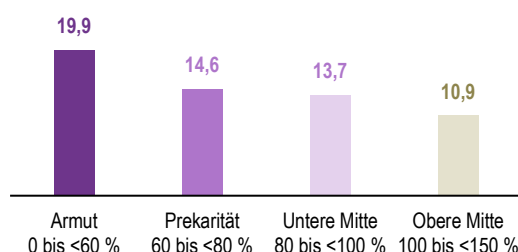
von unlauteren Absichten der Parteien aus. Dies ist nicht nur für sich genommen ein problematischer Befund: Es verdeutlicht auch, wie schwer es ist, Menschen in Armut oder prekären Lebenslagen zu mobilisieren, wenn es darum geht, ihre Situation im Rahmen demokratischer Prozesse zu verbessern. Am unmittelbarsten zeigt sich dies in der unterschiedlichen Beteiligungsabsicht an demokratischen Wahlen.

Abbildung 9

Anteil der potenziellen Nichtwähler*innen nach Einkommensgruppe, 2023

Anteil der Menschen, die angeben, bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen zu wollen

Angaben in Prozent



Anmerkung: Bevölkerungsanteil in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe.

Quelle: HBS-Lebenslagendaten, eigene Berechnungen

WSI

7 FAZIT UND POLITISCHE IMPLIKATIONEN

Der Ausgangspunkt dieses Berichts ist der Anspruch unserer Gesellschaft, ein Mindestmaß an Teilhabe für alle zu gewährleisten und die gleichzeitige Beobachtung, dass Teilhabe ungleich entlang von Einkommenspositionen verteilt ist. Es gibt ein Teilhabekontinuum, das von der Möglichkeit, dauerhaft voll an der Gesellschaft teilzuhaben, bis hin zu stark und nachhaltig eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten reicht. Nachzuzeichnen, wo die Menschen in der unteren Einkommenshälfte auf diesem Kontinuum zu verorten sind, war das Ziel des Beitrags. Im Fokus stand dabei die Frage, wie es in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung um die politische Teilhabe bestellt ist. Die Grundannahme: Politische Beteiligung setzt voraus, dass Menschen die Demokratie und ihre Akteure grundsätzlich als legitim und responsiv wahrnehmen.

Der Verteilungsbericht zeigt deutlich: In der materiellen Teilhabe der Menschen in Deutschland gibt es einen starken sozialen Gradienten: Für Menschen in Armut stehen unmittelbare materielle Mangellagen im Vordergrund. Diese Gruppe ist nicht nur seit 2010 größer geworden, sie ist zudem im Verhältnis zur gesellschaftlichen Mitte noch ärmer geworden. Dies zeigt sich etwa daran, dass reale Einkommenszuwächse hier niedriger waren als für höhere Einkommensgruppen. Die Zahl der Haushalte mit prekären Einkommen hat sich in der vergangenen Dekade deutlich, die Größe der unteren Mitte nur leicht verringert. Diese Zahlen beziehen sich fast komplett auf den Zeitraum vor der Covid-19-Pandemie und damit auf einen Zeitraum, der von einer sehr guten wirtschaftlichen Lage und einer geringen Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. Aber selbst in einer solchen Phase wirtschaftlicher Prosperität ist es nicht gelungen, die Armutsquoten zu senken.

Dass Armut Teilhabe einschränkt, zeigt sich ganz unmittelbar darin, dass es beispielsweise an Gütern des täglichen Bedarfs mangelt und auch für soziale Aktivitäten wie einen Kinobesuch das Geld oft nicht ausreicht. Solche materiellen Mangellagen werden mit einem höheren Einkommen seltener. Allerdings belegen unsere Daten deutlich, dass die Sorge, den Lebensstandard in Zukunft nicht halten zu können, die Mehrheit der Menschen mit einem Einkommen unterhalb des Medians beschäftigt. Vor allem in Anbetracht der Krisen der vergangenen Jahre und der mit der Teuerung einhergehenden Reallohnverluste zeigt sich eine Verunsicherung und Abstiegsangst, die sogar bis in die obere Mitte hineinreicht.

Ein Blick auf weitere Teilhabedimensionen macht deutlich, dass es für die untere Einkommenshälfte häufig schwierig ist, Defizite in den materiellen Ressourcen durch andere Bereiche auszugleichen. Eingeschränkte Teilhabechancen wie fehlende formale Bildungsabschlüsse, Arbeitslosigkeit oder Formen der prekären Beschäftigung und auch fehlende soziale Nahbeziehungen sind in den unteren Einkommensgruppen häufiger als in der oberen Mitte.

In Bezug auf die politische Dimension zeichnen unsere Ergebnisse ein differenziertes Bild: Sie zeigen zwar auf der einen Seite eine große Verunsicherung und Unzufriedenheit mit der unmittelbaren politischen Situation, und zwar in allen untersuchten Einkommensgruppen: Nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung sind zufrieden mit der Demokratie, wie sie heute in Deutschland existiert. Viele haben das Vertrauen in die aktuelle Bundesregierung verloren. Dennoch hat sich nur eine Minderheit in einem weiteren Sinn von der Demokratie verabschiedet und misstraut Politiker*innen und den zentralen staatlichen Institutionen ganz grundsätzlich. Immerhin etwa ein Fünftel der Menschen in Armut hat nicht die Absicht, sich an Wahlen zu beteiligen. Dabei zeigen sich systematische Unterschiede zwischen unseren drei Einkommensgruppen, die jedoch insgesamt schwächer ausfallen als die Unterschiede zwischen der unteren Hälfte der Einkommensverteilung und der oberen Mitte. Dies deckt sich auch mit zahlreichen Studien, die aufzeigen, dass rechtspopulistische Einstellungen und die Unterstützung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien nicht (nur) bei Menschen mit sehr niedrigen Einkommen zu finden, sondern gerade auch in der unteren Mitte zu beobachten sind (z. B. Hövermann 2023).

Ähnliche Muster in Bezug auf materielle Teilhabe und politische Einstellungen belegen natürlich nicht zwangsläufig, dass erstere ursächlich für diese Muster sind. Aber indem sie aufzeigen, welche Problemlagen – objektiv wie subjektiv – existieren, zeigen sie Ansatzpunkte für eine Politik, die ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden kann, Teilhabe für alle zu ermöglichen. Da die Verunsicherung bis in die untere Mitte hinein reicht und der gesellschaftliche Zusammenhalt von einer wachsenden Mehrheit als gefährdet angesehen wird (Kohlerausch et al. 2023), erscheint es zentral, verschiedene Gruppen in der Gesellschaft nicht gegeneinander auszuspielen.



Ein aktuelles Beispiel für ein solches gegeneinander Ausspielen ist die Debatte um das Bürgergeld. Sie konstruiert einen vermeintlichen Interessengegensatz zwischen Grundsicherungsempfänger*innen auf der einen, und der arbeitenden Bevölkerung auf der anderen Seite. Indem immer wieder angebliche Anreizprobleme der Grundsicherung in den Mittelpunkt gestellt werden, werden Bürgergeldbeziehende implizit als faul und arbeitsunwillig dargestellt. Dies greift auch verbreitete Stigmata und abwertende Einstellungen gegenüber Leistungsbezieher*innen auf (Mau et al. 2023: 96ff.). Statt die ohnehin zu knappen Leistungen für Bürgergeldempfänger*innen weiter zu kürzen, um den Abstand zwischen Sozialleistungen und Erwerbseinkommen zu erhöhen, ist es jedoch viel sinnvoller, Niedriglöhne wirksam zu bekämpfen und Tarifbindung zu stärken – Maßnahmen, die auch Menschen außerhalb des Grundsicherungsbezugs zugutekommen.

Aus unseren Ergebnissen lassen sich zwei zentrale Ansatzpunkte für politische Handlungsempfehlungen ableiten: Für Menschen, die in Armut leben, ist es von zentraler Bedeutung, bei der Stärkung ihrer materiellen Teilhabe anzusetzen. Für die anderen unteren Einkommensgruppen stehen hingegen stärker Maßnahmen zur Sicherung ihres Lebensstandards und die politische Bearbeitung ihrer subjektiven Unsicherheiten im Vordergrund. Was ist hierfür politisch an erster Stelle geboten?

Es gilt zunächst einmal das letzte Auffangnetz in unserer Gesellschaft, die Grundsicherung, zu stärken, also etwa die Leistungen des Bürgergeldes oder auch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Um ein Mindestmaß an Teilhabe tatsächlich zu ermöglichen, müssen diese Leistungen in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden und so ausgestaltet sein, dass sie tatsächlich bei allen ankommt, die sie benötigen. Aktuell sind hierfür die Regelsätze zu niedrig und die Dunkelziffer zu hoch, also die Zahl derjenigen, die einen Anspruch auf eine Grundsicherungsleistung haben, diesen aber etwa aus Unwissenheit oder Angst vor Stigmatisierung nicht geltend machen. Soziale Sicherheit auch für die (untere) Mitte der Gesellschaft kann besonders durch Sozialversicherungssysteme gestärkt werden, die eine angemessene Balance zwischen solidarischem Ausgleich und Sicherung des individuellen Lebensstandards finden. Hier geht es etwa um ein stabiles Rentenniveau in Kombination mit einer auskömmlichen Grundrente.

Neben der finanziellen Absicherung gilt es, auch die soziale Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken: Ein gutes Quartiersmanagement, eine bessere Ausstattung von Kinderbetreuungseinrichtungen und des Bildungssystems, eine gute Gesundheitsversorgung und ein gut ausgebauter ÖPNV kommen allen zugute. All diese Maßnahmen sind zentral für die Teilhabe der unteren Einkommensgruppen: Menschen mit sehr niedrigen finanziellen Ressourcen können Defizite in der öffentlichen Infrastruktur nicht durch eigene Ressourcen kompensieren, sie können eben nicht auf oftmals teure private Alternativen ausweichen. Wer sich kein Auto leisten kann, ist auf einen funktionierenden, verlässlichen ÖPNV angewiesen. Darüber hinaus können aber auch zielgerichtete Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen am Rande des Arbeitsmarktes die Teilhabemöglichkeiten der Betroffenen nachhaltig verbessern. Wir brauchen hierzu aber auch die explizite Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um gerade Frauen, die sich verstärkt um Kinderbetreuung kümmern oder Angehörige pflegen, auch eine Vollzeitberufstätigkeit zu ermöglichen. Eine volle, sichere, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist in unserer Gesellschaft einer der Schlüssel für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Menschen mit einer soliden, nachhaltig abgesicherten materiellen und sozialen Teilhabe haben es dann leichter, auch politisch angemessen an der Gesellschaft teilzuhaben. Sie sind, so bleibt zu hoffen, weniger empfänglich für die Verlockungen und leeren Versprechen populistischer Demagogen.

- Bartelheimer, P./Kädtler, J. (2012):** Produktion und Teilhabe – Konzepte und Profil sozioökonomischer Berichterstattung, in: Bartelheimer, P./Fromm, S./Kädtler, J. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Wiesbaden, S. 41–85
- Becker, I./Schmidt, T./Tobsch, V. (2022):** Wohlstand, Armut und Reichtum neu ermittelt. Materielle Teilhabe aus mehrdimensionaler Perspektive – Bericht zum ersten Modul des Projekts „Materielle Teilhabe im Lebensverlauf“. Hans-Böckler-Stiftung: Study Nr. 472, Juli 2022, Düsseldorf
- Becker, O. A. (2015):** Determinanten und Konsequenzen von Trennung und Scheidung, in: Hill, P. B./Kopp, J. (Hrsg.): Handbuch Familiensoziologie, S. 527–561
- BMGS (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung) (Hrsg.) (2005):** Lebenslagen in Deutschland. Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn
- Böhnke, P./Link, S. (2017):** Poverty and the Dynamics of Social Networks: An Analysis of German Panel Data, in: European Sociological Review 33 (4), S. 615–632
- Burkhardt, C./Grabka, M. M./Groh-Samberg, O./Lott, Y./Mau, S. (Hrsg.) (2013):** Mittelschicht unter Druck?, Gütersloh
- Elsässer, L./Hense, S./Schäfer, A. (2016):** Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015, Berlin
- Funcke, A./Menne, S. (2023):** Factsheet Kinder- und Jugendarmut in Deutschland, Gütersloh
- Gallie, D./Paugam, S./Jacobs, S. (2003):** Unemployment, poverty and social isolation: is there a vicious circle of social exclusion?, in: European Societies 5 (1), S. 1–32
- Göbel, J./Grabka, M. M./Liebig, S./Kroh, M./Richter, D./Schröder, C./Schupp, J. (2019):** The German Socio-Economic Panel (SOEP), in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239 (2), S. 345–360
- Goffart, D. (2021):** Das Ende der Mittelschicht. Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell, München
- Groh-Samberg, O. (2014):** No Way Out – Dimensionen und Trends der Verfestigung der Armut in Deutschland, in: Sozialer Fortschritt 63 (12), S. 307–315
- Hacker, J. S./Rehm, P./Schlesinger, M. (2013):** The Insecure American: Economic Experiences, Financial Worries, and Policy Attitudes, in: Perspectives on Politics 11 (1): S. 23–49
- Hövermann, A. (2023):** Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 92, November 2023, Düsseldorf
- Hövermann, A./Kohlrausch, B./Voss, D. (2022):** Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen. Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung Nr. 241, Februar 2022, Düsseldorf
- Hübinger, W. (1996):** Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit, Freiburg
- Kohlrausch, B./Hövermann, A./Emmler, H. (2023):** Fast die Hälfte der Erwerbspersonen macht sich große Sorgen um sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, Pressemitteilung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung vom 14.09.2023, Düsseldorf
- Mau, S. (2014):** Die Mittelschicht – das unbekannte Wesen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 64 (49), S. 3–10
- Mau, S./Lux, T./Westhäuser, L. (2023):** Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin
- Mullis, D. (2024):** Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte, Ditzingen
- Niehues, J. (2014):** Die Mittelschicht – stabiler als gedacht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 64 (49), S. 10–17
- Schöneck-Voß, N. M./Ritter, S. (Hrsg.) (2018):** Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten, Bielefeld
- Spannagel, D./Brülle, J. (2024):** Armut ist relativ!, in: WSI-Mitteilungen 77 (4), S. 310–312
- Zucco, A./Özdoğan, A. (2021):** Verteilungsbericht 2021. Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 69, November 2021, Düsseldorf

Tabelle 2

Sozialprofil der unteren Einkommensgruppen und der oberen Mitte, 2021

Angaben in Prozent

	Armut 0 bis <60%	Prekarität 60 bis <80%	Untere Mitte 80 bis <100%	Obere Mitte 100 bis <150%
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Personen über 30 Jahre)				
Max. Hauptschule	54,0	51,3	36,8	27,2
Realschule	28,5	31,9	36,2	34,0
Fachhochschulreife/Abitur	17,4	16,9	27,0	38,8
Beruflicher Bildungsabschluss (Personen über 30 Jahre)				
Kein Berufsabschluss	28,0	18,9	12,0	8,5
Beruflicher Bildungsabschluss	60,5	69,2	68,3	63,0
Uni/FH	11,5	11,9	19,7	28,4
Erwerbsstatus und Vertragsform (Personen über 30 und unter 60 Jahre)				
Vollzeit/unbefristet	24,1	43,7	54,2	64,9
Teilzeit/unbefristet	17,3	19,7	20,3	18,8
Geringfügig/Befristet/Leiharbeit	16,1	11,8	12,5	8,3
Arbeitslos	22,0	7,0	3,9	2,2
Nicht erwerbstätig	20,5	17,8	9,2	5,9
Migrationshintergrund*				
kein Migrationshintergrund	58,1	72,1	79,7	82,4
direkter Migrationshintergrund	25,5	16,6	11,7	10,6
indirekter Migrationshintergrund	16,5	11,4	8,6	7,0
Geschlecht				
Mann	47,4	46,5	47,9	49,9
Frau	52,6	53,5	52,1	50,1
Altersklassen				
unter 25	31,9	26,1	25,5	21,4
25 bis 44	27,0	24,7	24,9	26,5
45 bis 64	19,9	22,3	26,0	31,9
65 und älter	21,3	26,9	23,5	20,2
HH Typologie				
Single	35,6	22,6	18,5	17,5
Paar ohne unterhaltsberechtignte Kinder	20,7	27,7	29,0	33,6
Alleinerziehende	6,3	3,7	2,8	1,1
Paar mit Kind	19,7	22,9	23,9	23,6
Sonstige	17,8	23,2	25,9	24,2
Region				
Westdeutschland	78,5	81,6	79,7	84,9
Ostdeutschland	21,5	18,4	20,3	15,1

Lesebeispiel:

54,0 Prozent der Personen in einkommensarmen Haushalten haben höchstens einen Hauptschulabschluss, in der oberen Mitte sind es 27,2 Prozent.

*Direkter Migrationshintergrund: Person im Ausland geboren. Indirekter Migrationshintergrund: Mindestens ein Elternteil im Ausland geboren.

Anmerkung:

Anteil mit dem jeweiligen Merkmal in der jeweiligen relativ zum Median definierten Einkommensgruppe in Prozent.

Quelle: SOEP v38.1, eigene Berechnungen

Einkommensarmut: Personen, die in Haushalten leben, die über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügen; sind es weniger als 50 Prozent spricht man von strenger Armut.

Einkommensreichtum: Personen, die in Haushalten leben, die über mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens verfügen; sind es mehr als 300 Prozent spricht man von großem Reichtum.

Gini-Koeffizient: Er gibt an, wie ungleich Einkommen verteilt sind und kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. 0 steht dabei für die völlige Gleichverteilung (alle verfügen über gleich viel Einkommen), der Wert 1 für extreme Ungleichverteilung (einer besitzt alles).

Medianeinkommen: Der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen der Größe nach sortiert werden.

Verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen: Gesamteinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich staatlicher und privater Transferzahlungen und der Mietersparnis durch selbstnutzten Wohnraum – in Preisen von 2020 und für unterschiedliche Haushaltstypen standardisiert.

Verfügbares Haushaltseinkommen oder verfügbares Einkommen: Synonym verwendet für verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen.







IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 98, November 2024
WSI-Verteilungsbericht 2024

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (2 11) 77 78-18 7

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (2 11) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Satz: Daniela Groß

Kontakt

Dr. Dorothee Spannagel
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (2 11) 77 78-205

Dorothee-Spannagel@boeckler.de
www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International
(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)